

Beschluss des CSU-Parteivorstands vom 26. Januar 2024



BÜNDNIS FÜR MITTELSTAND

FÜR EIN WIRTSCHAFTLICH
LEISTUNGSFÄHIGES
DEUTSCHLAND

Bündnis für Mittelstand – Für ein wirtschaftlich leistungsfähiges Deutschland

Beschluss des CSU-Parteivorstands vom 26. Januar 2024

Deutschland ist ein starkes Land, aber es wird von der Ampel schlecht regiert. Während die meisten Volkswirtschaften in der OECD wachsen, befindet sich Deutschland in der Rezession. Insbesondere unseren Mittelstand, dem Rückgrat für Wohlstand und gute Arbeitsplätze, stößt die Ampel mit ihrer dirigistischen Politik ein ums andere Mal vor den Kopf. Wir brauchen eine neue Hinwendung zu mehr Leistungsbereitschaft. Deshalb schmieden wir ein *Bündnis für Mittelstand - Für ein wirtschaftlich leistungsfähiges Deutschland*.

1. Mittelstand fördern, bezahlbare Energie sichern

Deutschland braucht eine Wachstumsagenda. Dazu gilt es, Haushaltsmittel auf Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu konzentrieren, nicht auf teure und bürokratische Ideologieprojekte, wie das Heizungsgesetz oder das Bürgergeld. Diese gehören wieder abgeschafft. Unser Mittelstand muss entlastet werden.

- **Unternehmenssteuern senken.** Die Steuern auf im Unternehmen verbleibende Gewinne müssen auf ein wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent gesenkt werden. Auch die Lohnnebenkosten in Deutschland müssen wettbewerbsfähig bleiben.
- **Mehrarbeit belohnen.** Dazu gilt es, Überstunden steuerfrei zu stellen und Hinzuerdienste in der Rente attraktiver zu gestalten.
- **Bürgergeld abschaffen.** Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Deshalb gilt es, das leistungsfeindliche Bürgergeld wieder abzuschaffen. An dessen Stelle soll unter dem Namen Sozialhilfe eine soziale Stütze ausschließlich für Bedürftige treten.
- **Bürokratie bekämpfen.** Berichtspflichten für Unternehmen müssen reduziert werden. Es braucht auch auf Bundesebene ein echtes Belastungsmoratorium und ein Entrümpelungsgesetz, das unnötige Gesetze und Vorgaben abschafft. Auch das Arbeitszeitrecht braucht ein Update: Mehr Flexibilität statt starrer Vorgaben.
- **Erbschaftsteuer reformieren.** Die Erbschaft- und Schenkungsteuer in jetziger Form ist ungerecht. Deshalb klagen wir vor dem Bundesverfassungsgericht. Es braucht eine Erhöhung der Freibeträge und eine Regionalisierung der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Wir wollen keinen Ausverkauf unserer Heimat, weder für unsere Elternhäuser noch für unsere Unternehmen.

Um Wohlstand und Wachstum gewährleisten zu können, braucht Deutschland sichere und bezahlbare Energie – ohne Denkverbote statt mit ideologischer Verengung. Insbesondere unser Mittelstand leidet unter den hohen Energiepreisen, sie sind ein entscheidender Wettbewerbsnachteil.

- **Kernkraft verlängern.** Deutschland muss langfristig mit Kernkraft planen. Sie ist grundlastfähig und klimafreundlich. Es braucht eine Offensive für moderne kleine

Reaktoren und Forschung an der Kernfusion. Die bestehenden Kraftwerke müssen reaktiviert werden. Wer Kernkraft importiert, kann sie nicht im eigenen Land verteuern.

- **Heimatenergien ausbauen.** Deutschland muss alle Potentiale der Erneuerbaren Energien voll ausnutzen. Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie, alle müssen gleichberechtigt gefördert und beschleunigt ausgebaut werden.
- **Energiepreise senken.** Neben der Ausweitung des Angebots, um Preise zu senken, bedarf es auch Steuer- und Abgabensenkungen. Die Stromsteuer muss rasch für alle auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden.

2. Ampel-Irrweg stoppen, wichtige Branchen des Mittelstands schützen

Wir stellen uns gegen die wirtschaftsfeindliche Ampel-Politik. Sie stellt einen Angriff auf wichtige Branchen unseres Mittelstands dar. Im Bündnis mit unseren Landwirten, Gastronomen, Handwerkern und Spediteuren fordern wir:

- **Landwirtschaft:** Wir haben in Bayern einen Zukunftsvertrag mit der Landwirtschaft geschlossen und 2021 im Bund die sog. „Landwirtschaftsmilliarde“ durchgesetzt. Diese Milliarde muss fortbestehen, auch im Bund braucht es einen Zukunftsvertrag. Unsere Landwirte brauchen Planungssicherheit. Die einseitigen Belastungen der Ampel gegen die Landwirte müssen zurückgenommen werden. Die Kfz-Steuerbefreiung muss dauerhaft bleiben und die stufenweise Abschaffung der Agrardieselerückvergütung entfallen. Ablenkungsmanöver der Ampel wie die Einführung einer Tierwohlabgabe oder eines „Bauern-Soli“ lehnen wir ebenso ab wie Flächenstilllegungen. Auch die Bürokratie für Landwirte gilt es zurückzufahren, insbesondere in Verbindung mit der GAP-Förderung auf EU-Ebene.
- **Gastronomie:** Wir als CSU haben die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf Speisen in der Gastronomie 2020 durchgesetzt. Die Ampel hat ihn nun, entgegen des Versprechens von Bundeskanzler Olaf Scholz, wieder erhöht. Wir wollen den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Speisen in der Gastronomie schnellstmöglich wiedereinführen.
- **Handwerk:** Wir haben in Bayern als erstes Bundesland den Meister kostenfrei gestellt und einen Tag des Handwerks in der Schule eingeführt. Diese Impulse braucht das Handwerk bundesweit. Ausschreibungsgrenzwerte für EU-weite Ausschreibungen gilt es zu erhöhen. Um die Konjunktur im Baugewerbe anzukurbeln, hat Bayern ein eigenes Baukonjunkturpaket mit Zinsvergünstigungsprogrammen und Zuschüssen aufgelegt. Auch der Bund muss die Konjunktur im Bausektor stützen.
- **Transportgewerbe:** Die Doppelbelastung durch den CO₂-Preis und den CO₂-Zuschlag auf die LKW-Maut muss reduziert werden. Für den Klimaschutz im Transportgewerbe muss stattdessen die Nutzung von Biokraftstoffen erleichtert und alternative Antriebe sowie die dazugehörige Infrastruktur gefördert werden. Dabei sind auch moderne, effiziente Verbrenner nicht ideologisch auszuschließen.